

RAHEL VOLZ

Stoppt Zwangsheirat!

Am 25. November 2003 ging die einjährige, bundesweite TERRE DES FEMMES – Kampagne „STOPPT Zwangsheirat“ zu Ende. Es ist nun an der Zeit, eine Bilanz dieses ereignisreichen Jahres zu ziehen. TERRE DES FEMMES ist es gelungen, eine bisher tabuisierte frauenverachtende Praktik ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die zahlreichen

Rückblick und Ausblick zur Jahres- kampagne 2003

Reaktionen – von Seiten der Presse, der Politik, der Beratungsstellen oder der betroffenen Frauen selbst – haben uns darin bestärkt, dass in diesem Bereich großer Handlungsbedarf

besteht. Die Fülle an Veranstaltungen und Anfragen konnte kaum bewältigt werden, und deshalb sind manche Zielvorgaben auf der Strecke geblieben. Aber die Arbeit an dieser Problematik geht unvermindert weiter.

Die Kampagne „STOPPT Zwangsheirat“ gliederte sich in vier große Bereiche:

1. die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses zumindest innerhalb Deutschlands tabuisierte Problem
2. die Lobbyarbeit bei politischen Institutionen, um unsere Forderungen durchzusetzen
3. die Präventionsarbeit an Schulen und anderen sozialen Einrichtungen, um den Betroffenen schon im Vorfeld Mut zur eigenen Entscheidung zu machen.
4. die direkte Hilfe für Betroffene, vor allem durch Weitervermittlung an geeignete Beratungs- und Kriseneinrichtungen.

Breite Resonanz bei Presse und Öffentlichkeit

Das Begleitbuch zur Kampagne „Zwangsheirat – Lebenslänglich für die Ehre“ erschien bereits im Oktober 2002 und versammelt soziale, juristische und ethnologische Analysen unterschiedlicher Autorinnen sowie Interviews mit VertreterInnen von Beratungsstellen und mit Betroffenen. Über 1000 Exemplare dieser Publikation wurden bisher verkauft, vornehmlich an ein Fachpublikum, das mit potenziell betroffenen Frauen arbeitet. Aber auch die breite Öffentlichkeit hat das Buch gut angenommen. Um

den 25. November häuften sich die Anfragen von Journalistinnen und Journalisten. Während im ersten Halbjahr vor allem Printmedien und Radiosender Informationen anfragten, machen nun auch vermehrt Fernsehsender mit Beiträgen und Dokumentationen auf das Problem der Zwangsehen aufmerksam. So wichtig die Medien sind, wenn es darum geht, ein Tabuthema in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, so schwierig ist teilweise der Umgang mit ihnen. Zwischen dem Anspruch von TERRE DES FEMMES, sensibel und mit gut recherchiertem Hintergrundmaterial auf Frauenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, und der Sensationsgier mancher Medienanstalten, die Thematik auf eine besonders grausame Fallgeschichte zu reduzieren, klafft eine gewaltige Lücke. Aber auch bei „seriösen“ Medien, mit denen wir gut zusammengearbeitet haben, kehrte die immer gleiche Fragen nach Zahlen und Statistiken wieder: Zahlen gab es zum damaligen Zeitpunkt kaum. Der Staat hatte sich mit dem Thema Zwangsehen nicht beschäftigt, deshalb gab es auch keine statistischen Erhebungen. Auch die Suche nach wissenschaftlicher Forschung blieb weit gehend erfolglos. Die einzige Untersuchung zum Themenbereich Zwangsheirat und arrangierte Ehen stammte aus dem Jahr 1994. In ihrer Studie „Das Märchen vom warmen Heim“ hat Pinar Ilkaraccan 130 türkische Frauen in Berlin befragt. Danach wurden 42,6 Prozent der Frauen im Alter von 13 bis 17 Jahren verheiratet. 25 Prozent der Frauen hatten vor der Eheschließung ihre Ehemänner nie gesehen.

Mutige Frauen und der Umgang mit Betroffenen

Im Umgang mit den Medien waren betroffene Frauen, die den Mut hatten, mit ihrer Leidensgeschichte an die Öffentlichkeit zu gehen, immens wichtig. Auch wenn es für diese Frauen, allen voran Serap Çileli und Fatma Sonja Bläser, nicht immer einfach war, sich den bohrenden Fragen der Journalisten zu stellen, so haben sie doch im vergangenen Jahr mutig und engagiert Stellung bezogen – zu ihrem eigenen Schicksal und zu den Zwängen und Problemen, die alle von Zwangsheirat bedrohten Frauen erleben. Viele Betroffene haben sich daraufhin bei uns gemeldet und suchten Hilfe und Beratung. Im Jahr 2002 waren es über 50 Frauen und Mädchen.

Das Spektrum reichte von 15-jährigen verlobten Mädchen, die in den Sommerferien in ihrem Herkunftsland verheiratet werden sollten, bis hin zu 40-jährigen Frauen, die nach über 20 Jahren Zwangsehe einen Ausweg suchten. Die Länder, aus denen die Frauen stammten, waren so unterschiedlich wie ihre Probleme. Ein Großteil kam aus der Türkei, Pakistan, Libanon, Marokko und dem Kosovo. Es gab aber auch Fälle aus Griechenland, Indien, Burkina Faso und Vietnam. Vor allem die sehr jungen Frauen haben oftmals einen deutschen Pass, was sie jedoch nicht vor diesem Verbrechen zu schützen scheint. Auffällig ist auch die große Zahl der Frauen, bei denen neben der Zwangsheirat noch aufenthaltsrechtliche Probleme hinzukommen.

Kriseneinrichtungen, Beratungsstellen, Rechtsanwältinnen und LehrerInnen, die sich in der Praxis mit der Situation der Betroffenen auseinandersetzen, begrüßten unsere Aufklärungsarbeit. Auch durch die TDF-Städtegruppen wurde das Thema Zwangsheirat auf vielfältige Weise erfolgreich in die Öffentlichkeit gebracht. Besonders herauszuheben ist dabei die Hamam-Aktion der Kölner Städtegruppe. 320 türkische Frauen wurden Mitte April 2003 im Kölner Genovevabad mit Bauchtanzdarbietungen, Fußmassagen und einem Stand mit Tee und Gebäck verwöhnt. Gleichzeitig wurden Informationen und Beratung zum Thema Zwangsheirat angeboten.

Die Politik wird aufmerksam

Mittlerweile hat sich auch auf staatlicher Seite einiges getan. Seit April 2003 gibt es erste Gespräche auf Regierungsebene. TERRE DES FEMMES hat zusammen mit weiteren Expertinnen Forderungen deutlich gemacht. Alle sind sich einig, dass eine bundesweite Erhebung über das Ausmaß von Zwangsehen dringend erforderlich ist. In einer ersten Initiative hat die Berliner Senatsverwaltung eine Umfrage bei 50 Einrichtungen aus dem Jugendhilfe- und Migrationsbereich gestartet. Danach haben sich 2002 in Berlin 230 Mädchen und Frauen, die zur Heirat gezwungen wurden, an diese Einrichtungen gewandt. Repräsentativ ist diese Statistik allerdings nicht. Auf Nachfrage teilte die Staatssekretärin bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Susanne Ehlers, mit, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher sei.

Eine andere Forderung schließt die Schaffung anonymer Schutzeinrichtungen sowie spezielle Beratungsstellen für junge Migrantinnen ein. Bisher gibt es bundesweit nur vier Mädchenspezifische Schutzeinrichtungen mit geheimer Adresse, Beratungsangebote bieten nicht einmal alle deutschen Städte. Gleichzeitig muss um den Erhalt der bisherigen Einrichtungen gebangt werden. Eine

Gesetzesinitiative der bayerischen Landesregierung sieht vor, Jugendhilfemaßnahmen für volljährige Jugendliche abzuschaffen. Mit Billigung der SPD-regierten Länder hat die Initiative bereits den Bundesrat passiert. Im Frühsommer 2004 steht die endgültige Entscheidung im Bundestag an. Betroffen wäre beispielsweise das anonyme Wohnprojekt Rosa in Stuttgart. Dort sind 90 Prozent der hilfesuchenden jungen Frauen über 18 Jahre alt.



Eine weitere Aufgabe der politischen Institutionen ist die Sensibilisierung öffentlicher Stellen. LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, FamilienrichterInnen oder MitarbeiterInnen im Jugendamt müssen professionell geschult und auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass in öffentlichen Behörden Menschenrechtsverletzungen vielfach mit der Begründung toleriert werden, dass es sich um eine andere Kultur handle.

Die lange Liste der notwendigen Maßnahmen zeigt, dass es nicht ausreichen wird, an einigen wenigen Stellen anzusetzen. Die Bundesregierung muss in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Beratungsstellen einen nationalen Aktionsplan erarbeiten, wie es in Norwegen und Großbritannien beispielhaft geschehen ist. Weiteren Druck bekam die Bundesregierung von der CEDAW-Kommission der Vereinten Nationen. Alle fünf Jahre muss in einem Bericht dargelegt werden, welche Maßnahmen die Regierung zum Schutz gegen Gewalt und zur Gleichstellung von Frauen getroffen hat. Der von Frauenrechtsorganisationen – u. a. von TERRE DES FEMMES – erstellte Schattenbericht zeigte, dass bei der Bekämpfung von Zwangsehen bisher keine Erfolge vorzuweisen sind. Die CEDAW-Kommission nahm diese Punkte in ihren Fragenkatalog an die

Titelfoto zur TDF-Publikation „Zwangsheirat“
Foto: Max Lautenschläger

Regierung auf. Das machte deutlich, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht.

Mit positivem Beispiel ging auch die baden-württembergische Ausländerbeauftragte und Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck voran. Sie initiierte in Kooperation mit TERRE DES FEMMES die Fachtagung „Zwangsheirat – Maßnahmen gegen eine unehrenhafte Tradition“, die am 13. Oktober in Stuttgart stattfand. Die Veranstaltung informierte über rechtliche, soziale und religiöse Aspekte der



Christa Stolle (2. v. r.)
mit dem Preis und
Rahel Volz (ganz rechts)

Foto: Manfred Hantke

Zwangsheirat, und die Ministerin nahm viele Anregungen und Lösungsmöglichkeiten mit, die nun politisch umgesetzt werden müssen. Auch eine zukünftige Zusammenarbeit mit TERRE DES FEMMES ist angedacht.

Aufklärungsarbeit an Schulen

Die Präventionskampagne an Schulen war ein besonders wichtiger Bestandteil der Kampagne. Die Schule ist oftmals der einzige Ort, den potenziell betroffene Mädchen besuchen. Immer wieder fragen LehrerInnen bei TERRE DES FEMMES um Rat, weil sich Schülerinnen hilfeschend an sie wenden. TDF bietet seit Mai 2003 Plakate zum Thema, die die Diskussion unter SchülerInnen anregen sollen. Eine Unterrichtsmappe gibt LehrerInnen Anleitungen, wie das Thema in den Schulstunden behandelt werden kann. Knapp 300 solcher Mappen sind bereits verkauft. Dennoch ist dieser Teil der Arbeit noch ausbaufähig. Wir werden weiter bei Schulämtern und Kultusministerien auf unsere Unterrichtsmaterialien hinweisen.

Die für Ende September geplante Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer musste leider abgesagt werden, weil nicht genügend Anmeldungen vorlagen.

Wir sind aber weiterhin überzeugt, dass Fortbildungen für LehrerInnen sehr wichtig sind, um gegen Zwangsehen anzugehen. Deshalb stehen wir jetzt in Kontakt mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, um die Fortbildungen zum Thema Zwangsheirat auf alle Bundesländer auszudehnen. Wir hoffen, auf diesem Weg die bereits erstellten Konzepte zur Anwendung zu bringen.

Ein ebenfalls geplantes mehrsprachiges Faltblatt, das Migrantinnen Adressen und Tipps für den Umgang mit konkreten Bedrohungssituationen geben soll, konnte aufgrund finanzieller Engpässe bisher noch nicht umgesetzt werden.

Ein schöner Erfolg

Das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ hat im Februar die Kampagne „STOPPT Zwangsheirat“ mit einem Preis über 5000 Euro ausgezeichnet. Die Urkunde wurde TDF bei einem Festakt im Tübinger Rathaus von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium des Innern, Ute Vogt, überreicht (siehe Foto). Aus 360 Einsendungen hat der Beirat des Bündnisses 85 Projekte als besonders vorbildlich ausgewählt und mit Preisgeldern von 1 000 bis 5 000 Euro honoriert. Allein in Tübingen wurden insgesamt drei Projekte prämiert.

Der Blick in die Zukunft ist positiv. Das EU-Projekt „Shehrazad – Bekämpfung von Gewalt im Namen der Ehre“ sichert die kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich und stellt das Thema Zwangsheirat gleichzeitig in den größeren Kontext von „Gewalt im Namen der Ehre“. Am 1. März 2004 fand ein erstes Vernetzungstreffen statt, das VertreterInnen von Beratungsstellen, Polizei, Jugendämtern, Schulen und Politik an einen Tisch brachte. Wir erhoffen uns davon eine größere Aufmerksamkeit für das Thema, auch im Hinblick auf die im November 2004 beginnende TERRE DES FEMMES-Kampagne „Verbrechen im Namen der Ehre“.

Bitte spenden Sie unter dem Stichwort „Zwangsheirat“: Konto-Nr. 881 999 bei der KSK Tübingen, BLZ 641 500 20, damit das geplante mehrsprachige Faltblatt für Migrantinnen zum Thema doch noch realisiert werden kann.

ZUR AUTORIN

Rahel Volz ist hauptamtliche Referentin für den Bereich „Gewalt im Namen der Ehre“ bei TERRE DES FEMMES und hat die Kampagne „Stoppt Zwangsheirat“ geleitet.

COLLIN SCHUBERT

Frauen und Islamismus

„Islamismus – Frauen – Migration“ – unter diesem Thema fragten sieben ReferentInnen nach dem Einfluss des politischen Islam und seinen Auswirkungen auf das Leben muslimischer Frauen in Deutschland.

Besonders von den jungen Frauen erwarten alle Seiten Anpassung. „Wenn sie Normen und Rollen traditioneller Elternhäuser erfüllen müssen, geraten die Mädchen mit der deutschen Gesellschaft in Konflikt, in die sich zu integrieren die Eltern wiederum verbieten,“ sagte die türkischstämmige Autorin Serap Çileli und sprach damit auch aus eigener Erfahrung. In ihrem Vortrag über Zwangsheirat und Ehrenmord wies Serap Çileli auf Menschenrechtsverletzungen mitten unter uns hin und erklärte: „Es ist kein Zeichen von Ausländerfeindlichkeit, wenn man die Dinge beim Namen nennt.“ Der seit 1967 in Deutschland lebende Journalist Ahmed Arpad sieht das ebenso. Er spricht von einem Teufelskreis: Muslime in den Ghettos fühlen sich immer mehr sozial benachteiligt und diskriminiert. Durch die fehlende Integration bilden sich ethnische Gemeinden, Parallelgesellschaften, deren fundamentalistische Gruppierungen zunehmend Druck auf Frauen und Mädchen ausüben. „Sie werden politisch instrumentalisiert.“

Wandel im politischen Islamismus

Eindringlich berichtete die Islam-Expertin Claudia Dantschke vom Zentrum für Demokratische Kultur in Berlin über die europaweit vernetzte islamistische Szene. Der Islamismus betone die Gerechtigkeit und sei deshalb für viele eine verlockende Ideologie. Sie habe sich inzwischen angepasst, bediene sich demokratischer Strukturen, verbreite intern jedoch verfassungsfeindliches Gedankengut. Eine ihrer Strategien: „Die Islamisten legen Wert auf eine weibliche Bildungselite, die vor allem junge Frauen an sich binden soll. So werden die Frauen aus traditionellen, unterdrückenden Kontexten herausgerissen und zu Akteurinnen der islamistischen Bewegung. Sie werden stückweise befreit und gleichzeitig festgeschrieben in ihrer Rolle, die der des Mannes natürlich niemals ebenbürtig sein kann.“ – „Unter den Nadelstreifenislamisten gibt es immer mehr Konvertiten, die meinungsbildend sind und zu den Hardlinern der Bewegung gehören.“ Dieser Wandel innerhalb des

politischen Islam werde in der deutschen Gesellschaft noch zu wenig reflektiert. Dennoch hält Claudia Dantschke die Gefahr, dass der Islamismus zu einer großen Bewegung in Europa wird, für gering. „Sie sind untereinander zerstritten und können deshalb nicht geschlossen vorgehen.“

Sehr konkret erläuterten Astrid Burkart und Halide Özdemir vom Wohnprojekt ROSA in Stuttgart, wie jungen Frauen geholfen werden kann, die dem familiären Druck nicht mehr standhalten. Anlass zur Flucht ist fast immer eine Zwangsheirat oder sexuelle Gewalt.

Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im BayernForum München im Februar

Kopftuchdebatte

Viel Raum blieb für engagierte und offene Diskussionen nach den Vorträgen. Natürlich ging es auch um das Thema Kopftuch. Der Politologe Dr. Peter Barth betonte die Vieldeutigkeit des Kopftuchs und empfahl, das Thema „tiefer zu hängen.“ Dr. Margit Spohn von der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit München sieht in der Kopftuchdebatte gar Anteile spezifisch deutscher Projektionen und den „Mythos der unterdrückten Frau“. „Junge muslimische Frauen wählen das Kopftuch frei, um ohne Bruch mit der Herkunftsgesellschaft ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“ Die türkischstämmigen Tagungsteilnehmerinnen, alle ohne Kopftuch, wollten das nicht so sehen.

Während die deutschen Tagungsteilnehmerinnen eine gewisse Ambivalenz gegenüber dem Thema signalisierten, appellierten die türkischstämmigen an die Anwesenden, aber auch an Politik und Gesellschaft, ihnen nicht mit falsch verstandener Toleranz in den Rücken zu fallen. Dies könne einen Backlash bewirken zum Nachteil aller Musliminnen, die das Kopftuch als Zeichen der Benachteiligung von Frauen ablehnen. Ein Blick in Länder wie Afghanistan, Iran, und Saudi-Arabien zeige doch, dass das Kopftuch wenig mit dem freien Willen der Trägerin zu tun habe. „In Deutschland lebt es sich für uns wesentlich bequemer als in der Türkei, wo wir vieles nicht dürften“ – eine so selbstgefällige Aussage von Vertretern des politischen Islam sei doch eine Schande!

Als Vertreterin von TERRE DES FEMMES war ich eingeladen, den Eröffnungsvortrag zu halten und große Teile der Tagung zu moderieren.

KATAJUN AMIRPUR

Schirin, wer?

„Schirin, wer?“ Das fragten sich nicht nur weltweit, sondern auch in Iran viele Menschen, als sie am 10. Oktober 2003 von der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Menschenrechtlerin Schirin Ebadi hörten. In ihrer Heimat war sie bekannt, aber sicher keine Berühmtheit. Innerhalb weniger Stunden sollte sich das ändern, und einen Tag später war Schirin Ebadi bereits Tagesgespräch. In der Nacht, die auf die Bekanntgabe folgte, hatten die persischen Programme des BBC und der Voice of America umfangreiche Aufklärungsarbeit geleistet.

Tausende Menschen warten auf Schirin Ebadi, als diese in die Hauptstadt der Islamischen Republik zurückkehrt. Als die Boeing 747 in Teheran landet und Schirin Ebadi sich den Menschen zeigt, rufen diese ihr zu: „Freiheit ist süß, Unabhängigkeit ist süß, und Ebadi ist süß“ – eine Anspielung auf ihren Vornamen Schirin, der im Persischen „süß“ bedeutet. Arm in Arm singen die Wartenden alte Schlager, klatschen in die Hände, verteilen Luftballons und Blumen. Über und über ist die Ankunftshalle des Flughafens mit Konfetti bedeckt. Die kleine, etwas rundliche Ebadi wirkt überwältigt von dem herzlichen Empfang, der ihr bereitet wird. Die Menschen rufen: „Wir sind stolz auf dich, so stolz auf dich“. Und Ebadi erwidert: „Das ist nicht nur mein Preis, es ist unser aller Preis. Er bedeutet, dass der Wunsch der iranischen Nation nach Demokratie und Menschenrechten in der Welt gehört wird.“ Sehr schnell wird der Empfang zu einer

**„Das ist nicht nur mein Preis,
es ist unser aller Preis.“**

politischen Kundgebung. Jugendliche halten Spruchbänder in die Luft und rufen: „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ und „Freiheit und Gerechtigkeit sind die Slogans unserer Nation“. Das ist auch der erste Satz, den Ebadi sagt, als sie dem Flugzeug entsteigt: „Freiheit für alle politischen Gefangenen“.

Im Flughafen jubeln ihr bis zu 25 000 Menschen zu – es sind mehr Menschen versammelt als bei den Studentendemonstrationen im Juni 2003. Vor allem Frauen sind gekommen, um die Menschenrechtlerin willkommen zu heißen. An diesem Tag tragen sie das in der iranischen Öffentlichkeit vorgeschriebene Kopftuch in Weiß – als Zeichen der Freude und des Protestes gegen das von den Konservativen



Katajun Amirpur

Gott ist mit den

Schirin Ebadi – Die Friedensnobelpreisträgerin

Furchtlosen

und der Kampf um die Zukunft Irans

Gott ist mit den Furchtlosen, von Katajun Amirpur

Herder Spektrum, Freiburg 2003, 160 S., 8,90 €

bevorzugte schwarze Kopftuch. „Und als Zeichen des Friedens und der Hoffnung“, wie eine Studentin sagt. In den Händen hält sie eine weiße Nelke und das Foto von Ebadi. Tausende schwenken weiße Rosen. Einige Männer tragen Krawatten, obwohl dies in der Islamischen Republik als Zeichen von westlicher Dekadenz gilt und daher verpönt ist. Rund um den Flughafen herrscht an diesem Dienstagabend ein riesiges Verkehrschaos. Mehr noch wären gekommen, hätte die Regierung die Ankunft Ebadis nicht verschwiegen. So haben nur die Menschen von der Ankunft ihrer Heldin Schirin erfahren, die über Satellitenfernsehen oder Internet verfügen.

Ebadi wehrt sich in den ersten Stellungnahmen gegen die Konzentration auf ihre Person und sagt immer wieder, dass sie den Preis für viele andere tapfere Frauen und Mitstreiter für Reformen erhalten hat. Sie gibt zu verstehen, dass ihr Engagement auf dem Hintergrund einer breiten Bewegung steht. Und doch ist sie an diesem Abend der Star. Plötzlich kennt die Welt ihren Namen.

Wer ist diese Frau, die nun plötzlich im Rampenlicht der Weltmedien steht?

Ihr Leben ist schnell erzählt: Schirin Ebadi wurde 1947 in der iranischen Provinz, in Hamadan, geboren. Schon bald zog die Familie nach Teheran. Ebadi wuchs in einer religiösen Familie der Mittelschicht auf. Ihre Erziehung beschreibt sie als eher streng, aber nicht im negativen Sinne – wie sie gleich anfügt.